

Zeitschrift:	Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer
Herausgeber:	Auslandschweizer-Organisation
Band:	37 (2010)
Heft:	3
 Artikel:	Politik : die Arbeitslosenversicherung ins finanzielle Gleichgewicht bringen
Autor:	Lenzin, René
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-910232

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 23.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

die Christlichdemokraten (CVP) erachteten das Abkommen zwar als unschön, aber notwendig, um Unbill von der UBS und der Schweizer Wirtschaft abzuhalten. Die Schweizerische Volkspartei (SVP) lehnte das Abkommen grundsätzlich ab, weil sie das Bankgeheimnis nicht preisgeben wollte. Sozialdemokraten (SP) und Grüne machten ihre Zustimmung von Sondersteuern auf Boni und einer strengeren Regulierung der Banken abhängig. Da FDP und CVP allein keine Mehrheit im Parlament haben, schien ein Ja nur mit Zugeständnissen an die Linke möglich. Doch im letzten Moment rückte die SVP von ihrem Nein ab. Um eine Bonisteuer zu verhindern, wie sie selbst sagte – auf Druck der Wirtschaft, wie ihre Kritiker meinten.

Verkehrte Welt im Parlament

So ergab sich eine ziemlich paradoxe Situation: Die SVP als vehemente Verteidigerin des Bankgeheimnisses half mit, dieses aufzuweichen; und die SP, die es seit Jahren kritisiert, hat es als einzige verteidigt. Allein schon dies zeigt, wie stark die Debatte von parteipolitischem Kalkül geprägt war. Zum Schluss setzten sich schliesslich diejenigen Kräfte durch, die den Vertrag ohne Bedingungen verabschieden wollten. Allerdings sind damit die Diskussionen um hohe Boni und eine strengere Bankenregulierung noch nicht vom Tisch. Im Prinzip sind sich alle Parteien einig, dass die «too big to fail»-Problematik zu lösen ist. Es soll nie mehr zur staatlichen Rettung einer Grossbank kommen müssen. Am ehesten dürfte dies über höhere Eigenkapitalquoten der Banken zu erreichen sein. Über die konkrete Ausgestaltung entsprechender Massnahmen herrscht jedoch (noch) keine Einigkeit.

Die Arbeitslosenversicherung ins finanzielle

Gleichgewicht bringen. Die Krise liess das Defizit der Arbeitslosenversicherung weiter steigen. Bundesrat und Parlament wollen sie mit Mehreinnahmen und Leistungskürzungen sanieren. Gewerkschaften und Linke haben das Referendum ergriffen. Von René Lenzin

Die aktuelle Finanzierung der schweizerischen Arbeitslosenversicherung (ALV) ist auf durchschnittlich 100 000 erwerbslose Personen ausgerichtet. Zurzeit beträgt ihre Zahl jedoch gut 150 000, und der anvisierte Durchschnittswert war nicht einmal in der Hochkonjunktur unterschritten worden. Daher hat die ALV Schulden von neun Milliarden Franken angehäuft. Diese sind nicht nur auf die aktuelle Krise zurückzuführen, sondern auf ein strukturelles Defizit, das heisst auf ein permanentes Ungleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben. Mit einem Mix aus höheren Prämien und Leistungskorrekturen sollen die Schulden abgebaut und die Versicherung wieder ins finanzielle Gleichgewicht gebracht werden. Vorgesehen sind folgende Massnahmen:

Mehreinnahmen (646 Millionen Franken pro Jahr): Die Abzüge auf den versicherten Einkommen (bis 126 000 Franken) werden von 2 auf 2,2 Prozent erhöht. Auf dem Lohnanteil von 126 000 bis 315 000 Franken wird neu ein Prozent erhoben.

Einsparungen (622 Millionen Franken pro Jahr): Arbeitslose ohne Kinder sind künftig verpflichtet, auch eine Arbeit anzunehmen, die ihren Qualifikationen nicht entspricht. Unter 25-Jährige ohne Unterhaltpflichten haben nur noch Anrecht auf 200 statt wie

bisher auf 400 Taggelder. Arbeitslose, die höchstens zwölf Monate lang Beiträge geleistet haben, erhalten nur noch 260 anstelle von bisher 400 Taggeldern. Schul- oder Studienabgänger müssen 120 Tage warten, bis sie ALV-Leistungen beziehen können. Staatliche Beschäftigungsprogramme werden nicht mehr als Beitragszeit angerechnet.

Der Nationalrat hat die Vorlage mit 91 zu 64 Stimmen verabschiedet, der Ständerat mit 32 zu 12. Der Bundesrat und die bürgerlichen Parteien erachten die Revision als ausgewogenen Kompromiss. Die Schweizerische Volkspartei und die Freisinnigen wollten zwar beim Leistungsabbau noch weiter gehen, haben der Revision aber schliesslich mit Blick auf eine mögliche Volksabstimmung zugestimmt. Zur Abstimmung wird es kommen, weil Gewerkschaften, Sozialdemokraten und Grüne das Referendum ergriffen haben. Sie sprechen von einem Sozialabbau, der jene Personen bestraft, die sowieso schon am meisten unter Krise litten.

Lehnt das Volk die Revision ab, muss der Bundesrat die Lohnabzüge per Anfang 2011 erhöhen, weil die ALV die gesetzlich zulässige Verschuldungsquote überschritten hat. Ohne Sparmassnahmen würde diese Prämiensteigerung allerdings höher ausfallen, als es mit der Revision geplant ist.

ministerin Eveline Widmer-Schlumpf. Neben dem Klima des Misstrauens leide der Bundesrat auch noch an Gärtenwirtschaft, was zu Lasten der Gesamtsicht gehe, schreiben die Geschäftsprüfer weiter.

Lob und Tadel setzt es im Bericht für die Finanzmarktaufsicht (Finma) ab. Sie habe das milliardenschwere Rettungspaket für die UBS vom Oktober 2008 zusammen mit der Nationalbank gut

vorbereitet und durchgeführt. Auch die Tragweite des US-Steuerkonflikts habe die Finma früh erkannt. Bei dessen Untersuchung habe sie sich aber massgeblich auf einen von der UBS selbst in Auftrag gegebenen Bericht gestützt, was ihre Unabhängigkeit in Frage stelle.

UBS soll ihr Verhalten aufarbeiten
Am Schluss des Berichts finden sich 19 Empfehlungen, 5 Motio-

nen und 2 Postulate. Im Zentrum stehen dabei die Führungsdefizite des Bundesrats. Die GPK will die Landesregierung verpflichten, auch bei geheimen Geschäften in jedem Fall Protokolle anzufertigen. Weiter soll sie ein System zur strategischen politischen Steuerung sowie ein Überwachungs- und Frühwarnsystem einrichten, um die Handlungsfähigkeit in Krisensituationen zu verbessern. Obwohl die parlamentarische

Aufsicht nicht die Kompetenz hat, das Verhalten der UBS zu untersuchen, gab sie auch der Bank Empfehlungen ab. Insbesondere forderte die GPK die UBS auf, ihr eigenes Verhalten im Verlaufe der Krise aufzuarbeiten. RL